

Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 3. Oktober 2024

MEDIENMITTEILUNG

Regierungsrat verabschiedet «Wohnpolitische Strategie 2030»

Der Regierungsrat des Kantons Zug reagiert auf die zunehmenden Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und hat eine umfassende wohnpolitische Strategie 2030 entwickelt. Diese zielt darauf ab, die angespannte Wohnsituation zu entschärfen und langfristig bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten sicherzustellen.

Der Zuger Wohnungsmarkt ist stark unter Druck. Die hohe Attraktivität des Kantons sowohl für Einwohnerinnen und Einwohner als auch für Unternehmen hat zu einem kontinuierlichen Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum geführt. Dieser Nachfrageanstieg steht einem rückläufigen Wohnungsangebot gegenüber, was zu stark steigenden Miet- und Immobilienpreisen geführt hat. Diese Situation führt dazu, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert und die Zugerinnen und Zuger vermehrt ausserhalb des Kantons Wohnraum suchen. Dank der guten Erschliessung des Kantons Zug vermögen die Unternehmen aktuell trotzdem noch genügend Fachkräfte anzuziehen.

Insbesondere für den Mittelstand und Geringverdienende wird es immer schwieriger, erschwingliche Wohnungen zu finden. Das knappe Wohnungsangebot stellt aber auch junge Familien vor immer grössere Schwierigkeiten, geeigneten Wohnraum zu finden. Dem Regierungsrat ist deshalb wichtig, dass der bereits ansässige Zuger Mittelstand von den wohnpolitischen Massnahmen profitiert. Er möchte im Rahmen des anstehenden Prozesses prüfen, ob diese Zielgruppe mit spezifischen Massnahmen besser unterstützt werden kann.

Drei Ziele für eine verbesserte Wohnsituation

Der Regierungsrat hat einen umfassenden Prozess zur Entwicklung einer neuen Wohnstrategie angestossen. Dieser Prozess basiert auf der bisherigen Wohnraumförderung sowie dem Richtplan und umfasst hauptsächlich Massnahmen, die im Einflussbereich des Kantons liegen. Für den Regierungsrat ist es wichtig, langfristige Lösungen für einen funktionierenden Wohnungsmarkt zu entwickeln und die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner zu erhalten. Deshalb hat er sich drei Ziele gesetzt: erstens mehr Wohnungen, zweitens mehr preisgünstige Wohnungen und drittens mehr Wohnungen für die ansässige Zuger Bevölkerung.

Massnahmen für mehr Wohnraum

Die «Wohnpolitische Strategie 2030» sieht diverse Massnahmen vor. Vereinfachte und flexiblere Bauvorschriften wie zum Beispiel Aufstockungen, Aufbauten oder die Lockerung der Vorgaben für Hochhäuser sollen den Bau von mehr Wohnraum ermöglichen. Bestehende Baubewilligungsprozesse sollen durchleuchtet und auf Vereinfachungen, Beschleunigungen und Optimierungen geprüft werden. Mit der Stärkung und Vereinfachung des Wohnraumförderungsgesetzes sollen gemeinnützige Bauträgerschaften einfacher zu Darlehen kommen und die Subjekthilfe mit feiner abgestuften Beiträgen für bedürftige Haushalte soll optimiert werden.

Der Regierungsrat ist bereit, die entsprechenden Gesetzesanpassungen im Planungs- und Baugesetz sowie im Wohnraumförderungsgesetz in die Wege zu leiten. Im Grundsatz will er die wohnpolitischen Ziele mit freiwilligen Massnahmen erreichen. Finanzielle Anreize sollen zu einem grösseren, schneller verfügbaren und erschwinglichen Wohnungsangebot führen.

Wie geht es weiter?

In einem nächsten Schritt werden die Gemeinden anlässlich einer Informationsveranstaltung über die WPS 2023 informiert. Die Umsetzung des Massnahmenkatalogs (zum Beispiel Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes) erfolgt unter Einbezug sämtlicher Akteure wie Gemeinden, Parteien und Organisationen. Die Baudirektion wird weiter dem Regierungsrat alle zwei Jahre über den Stand der Umsetzungsarbeiten berichten.

Kontakt

Olivier Burger, Fachspezialist Kommunikation,
Tel. +41 41 594 21 25, olivier.burger@zg.ch